

Sozialwerke



Sozialwerke endlich langfristig für die Zukunft sichern

Unsera Sozialwerke helfen Bürgerinnen und Bürgern, die in Not geraten sind und leisten einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden. Da man in der Vergangenheit die strukturellen Probleme und das Missbrauchspotenzial der Sozialwerke stets mit Steuergeldern zugedeckt hat, ist es heute umso dringender, den Ausgleich und die Solidarität zwischen Alt und Jung, zwischen den echt Bedürftigen und den Prämien- und Steuerzahlern, wieder ins rechte Lot zu rücken. Der Sozialindustrie und dem Missbrauch ist konsequent der Riegel zu schieben. Verantwortungsvolle Lösungen brauchen eine konsequente Politik. Die finanzielle Sicherung unserer Sozialversicherungen ist ein Muss.



Manuel Kaspar
Unternehmer

“ Unsere Sozialwerke sind wegen der völlig verfehlten Politik von Mitte-Links in ernste Schieflage geraten. IV-Renten werden im Ausland verlockt, Arbeitsscheue erhalten üppige Sozialgelder. Und der Mittelstand muss diese Milliardenkosten mit dem hart erarbeiteten Geld finanzieren. Das muss sich ändern! ”

Probleme mit Geld zugedeckt

Die Politik von Mitte-Links hat dazu geführt, dass offensichtliche Missstände bei den Sozialwerken, Missbrauch und strukturelle Unterfinanzierung, nicht ehrlich angegangen wurden. Man verschloss die Augen vor den echten Problemen. Missstände wurden meist salopp mit mehr Geld

zugedeckt – Geld, das mit zusätzlichen Steuern und Abgaben bei den Bürgern und den Unternehmen geholt wurde. Dies ist nicht nur teuer, sondern auch sehr kurzfristig gedacht. Die verantwortungslose Politik von Mitte-Links wird zur untragbaren Belastung für künftige Generationen. Diese «Pflasterlipolitik» muss aufhören! Die SVP setzt sich für die langfristige Sicherung unserer Sozialwerke und damit den sozialen Frieden in unserem Land ein. Dafür braucht es strukturelle Anpassungen.

Verhältnis Rentner zu Arbeitnehmer



Quelle: Swissinfo.ch

sich für die langfristige Sicherung unserer Sozialwerke und damit den sozialen Frieden in unserem Land ein. Dafür braucht es strukturelle Anpassungen.

Sozialstaat stösst Grenzen

Der Sozialstaat stösst zunehmend an Grenzen. Während Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit im Jahr 1950 noch weniger als 2 Milliarden Franken ausmachten und bis 1990 62 Milliarden Franken anstiegen, betragen die Ausgaben die Sozialwerke in der Schweiz Jahr 2019 nicht weniger als 183 Milliarden Franken. Durchschnittlich steigen die Sozialleistungen um 3,2 Pro-

zent pro Jahr. Damit machten die Sozialleistungen ein Viertel des nationalen BIP aus und wachsen stärker als die prognostizierten 1,9 Prozent Wirtschaftswachstum im Jahr 2023. Der Sozialstaat wächst uns über den Kopf, und zwar zulasten künftiger Generationen. Immer weniger Beitragszahler müssen für immer mehr Bezüger aufkommen. Der Wohlfahrtsstaat ist in Frage gestellt: AHV, Ergänzungsleistungen, Arbeitslosenversicherung, Pensionskasse, Erwerbsersatzordnung, Invalidenversicherung, Mutterschaftsversicherung und als letztes Auffangnetz die Sozialhilfe – keine dieser sozialen Einrichtungen ist solide finanziert und langfristig gesichert.

Für sichere AHV-Renten

Die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) ist die erste und wichtigste Säule im 3-Säulen-System der Schweizer Altersvorsorge. Sie ist der Inbegriff eines einzigartigen Solidarwerks, welches von allen Bevölkerungsschichten breit abgestützt ist. Die AHV dient der Existenzsicherung nach der Pensionierung und soll das finanzielle Minimum im Alter sichern. Zusammen mit der zweiten Säule – der beruflichen Vorsorge – ermöglicht sie die Weiterführung des gewohnten Lebensstandards im Alter. Die dritte Säule ist freiwillig, wird jedoch durch Steuerabzüge gefördert und soll der Deckung von Zusatzbedürfnissen im Alter dienen. Die SVP setzt sich für Reformen zur finanziellen Sicherung der AHV-Renten ein.



Reformen sind unumgänglich

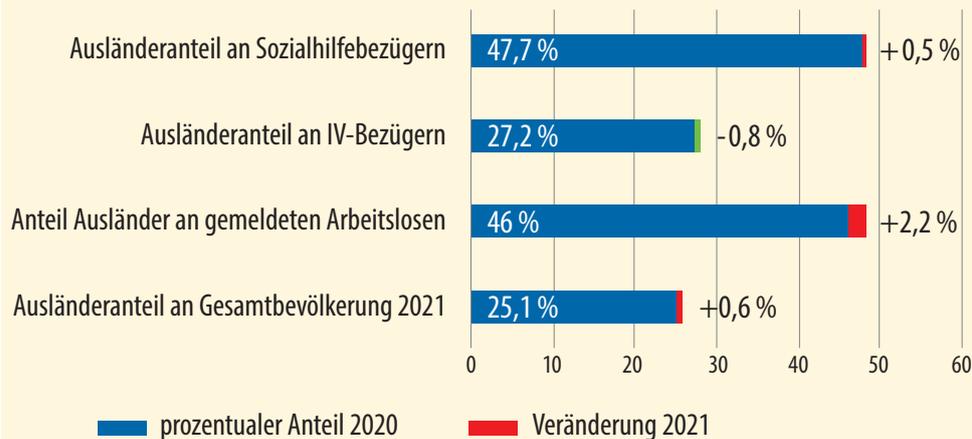
Die SVP setzt sich für die langfristige finanzielle Sicherung der Sozialwerke bis 2050 ein. Sie ist sich bewusst, dass jeder Franken, der dafür eingesetzt werden kann, zuerst verdient werden muss. Das verlangt, dass sich Reformen auf Tatsachen und realistische Szenarien abstützen. Das bisherige System ist für die Bevölkerungsverhältnisse, wie sie bis 1990 galten, zugeschnitten und gehört daher nachhaltig angepasst.

Fehlanreize beseitigen

Speziell bei der Invalidenversicherung (IV) müssen endlich die angekündigten Reformen durchgeführt werden. Verglichen mit dem Anteil an der Gesamtbevölkerung ist der Ausländeranteil in der IV seit langem überproportional hoch. Die Rentenskala ist zu verfeinern. Der Export von IV-Renten ins Ausland ohne Kaufkraft-

bereinigung ist zu stoppen. Bei den inzwischen häufig diagnostizierten psychischen Störungen braucht es eine strengere Überprüfung. Leistungseinschränkungs- und Leistungsbereitschaftstests müssen an der Tagesordnung sein, um Missbrauch und Fehldiagnosen vorzubeugen.

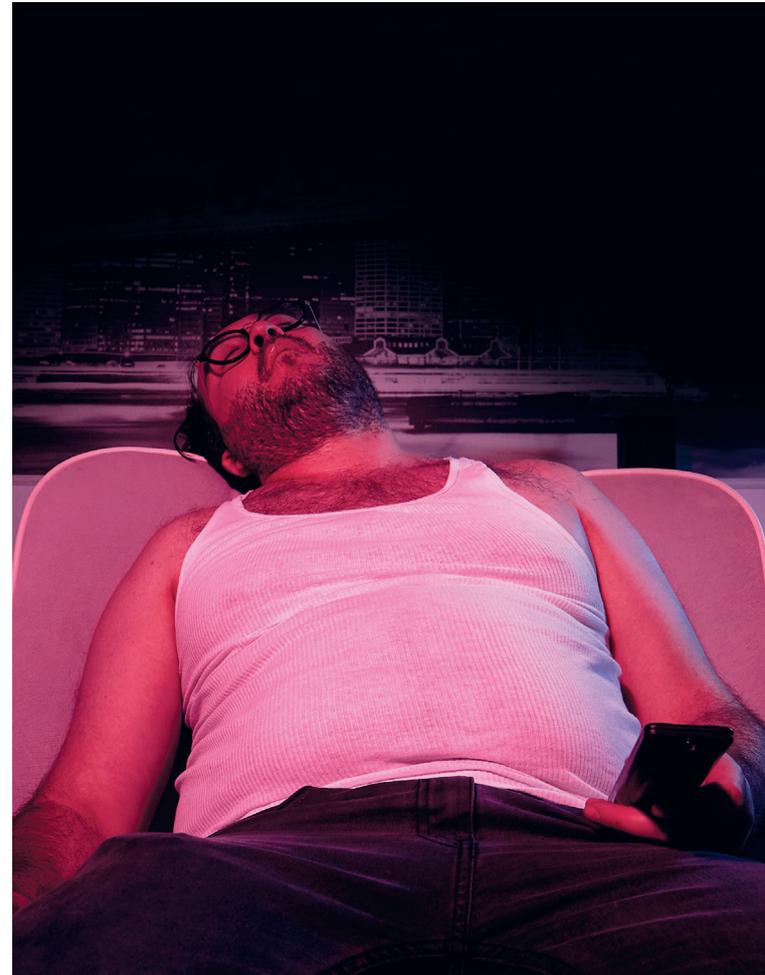
Verteilung ausländischer Bevölkerung in Sozialwerken



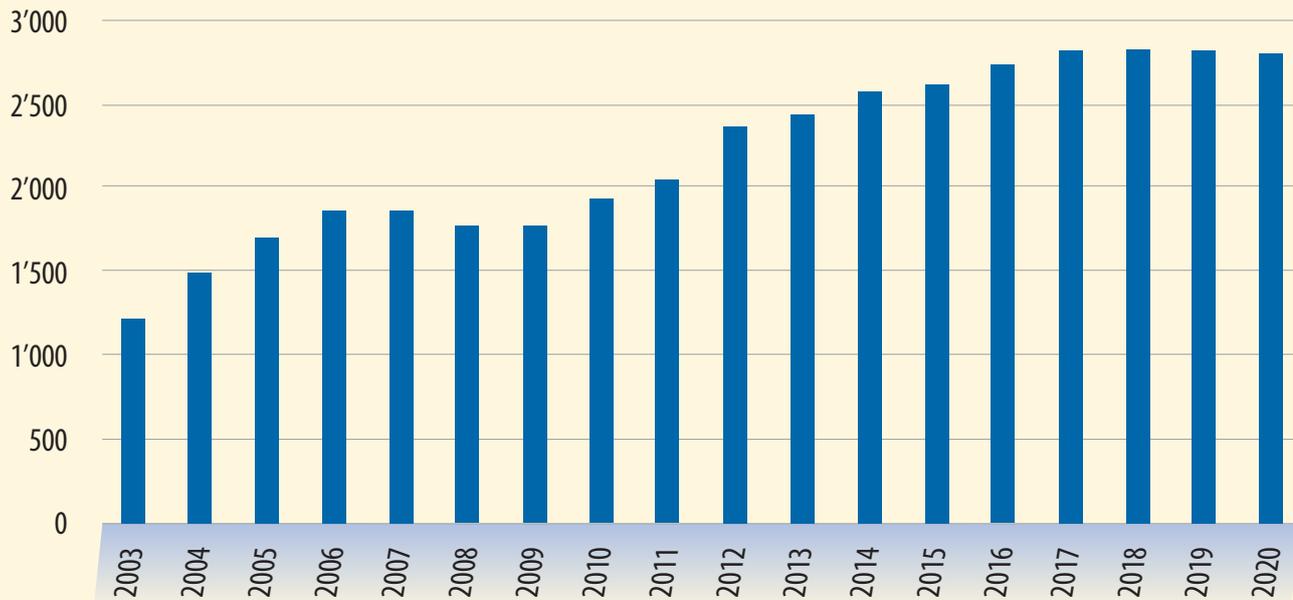
Quelle: BFS, Sozialhilfebeziehende im Jahr 2021

Sozialhilfe darf keine Hängematte sein

Unsere Sozialwerke werden zunehmend unübersichtlicher. So lagen die Ausgaben für die Sozialhilfe 2020 bei rund 2.8 Milliarden Franken: eine Zunahme von über einer Milliarde Franken innerhalb von nur zehn Jahren. In den Kantonen sind die Sozialhilfegesetze so auszugestalten, dass die Sozialhilfe nicht länger ausgenutzt und missbraucht werden kann. Fast die Hälfte der Sozialhilfebezügler sind Ausländer. Im Flüchtlingsbereich lag die Sozialhilfequote im Jahr 2021 bei 82,1 Prozent. Die Vollkosten, was uns ein Asylbewerber inklusive des gesamten weit gefassten Familiennachzugs kostet, werden nach wie vor verschwiegen. Wer sich nicht um Integration und Arbeit bemüht, soll auch keine Hilfe bekommen. Arbeit muss sich lohnen. Die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) rechnen ideologisch motiviert mit zu hohen Ansätzen. Sie sind jedoch lediglich unverbindliche Orientierungshilfen für die ausführenden Organe und dementsprechend in den kantonalen Sozialhilfe- und Fürsorgegesetzen und -verordnungen als solche zu benennen. Leistungen müssen spürbar reduziert werden für Personen, welche eine zumutbare Arbeit verweigern oder sich sonst nicht an die Bestimmungen der Behörden halten. Einer weiteren Professionalisierung im Fürsorgewesen ist energisch entgegenzutreten. Stattdessen sind das Milizprinzip, die Gemeindeautonomie und die Bürgernähe zu stärken. Familien, lokale Vereine, Kirchen und Unternehmen sollen ihren wichtigen Beitrag leisten können und sind entsprechend stärker einzubinden.



Entwicklung der Sozialhilfe in Millionen Franken



Standpunkte

Die SVP ...

- setzt sich für die Sicherung der AHV-Renten ein;
 - kämpft für die finanzielle Stabilisierung der Sozialwerke und lehnt den Ausbau des Sozialstaates ab;
 - wehrt sich für die Jungen, damit diese nicht die Zeche einer gescheiterten Sozialhilfepolitik zahlen müssen;
 - lehnt jegliche Erhöhung von Steuern und Abgaben für die Sanierung unserer Sozialwerke ab;
 - fordert die Befreiung der AHV-Renten von den Bundes- und Kantonssteuern;
 - lehnt die Verstaatlichung der zweiten Säule ab;
 - bekämpft die Quersubventionierung von Erwerbstätigen zu Rentnern in der Pensionskasse;
 - setzt sich für die permanente Missbrauchsbekämpfung in den Sozialversicherungen ein;
 - fordert in allen Sozialwerken eine Mindestbeitragsdauer, um die Aushöhung des Sozialstaates durch Armutszuwanderung zu verhindern;
 - fordert die Mitsprache der Gemeinden im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes und die Bevorzugung von Familien- gegenüber Heimlösungen;
 - verlangt die Stärkung des Milizprinzips sowie der Gemeindeautonomie im Fürsorgewesen anstatt mehr Zentralisierung und weiterem Staatsausbau;
- unterstützt die Stärkung der Eingliederungsmassnahmen, wobei Sozialhilfe immer als Überbrückungshilfe anzuwenden ist;
 - fordert die Streichung der Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien aus den kantonalen Sozialhilfegesetzen.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Arbeitnehmer weniger Lohnabzüge, damit mehr zum Leben bleibt;
- ✓ als Rentner sichere Renten;
- ✓ als junger Erwerbstätiger die Aussicht, auch langfristig über sichere Sozialwerke zu verfügen;
- ✓ als in Not Geratener die Sicherheit, nicht wegen Missbräuchen anderer schlechter dazustehen;
- ✓ als Konsument keine Erhöhung von Steuern und anderen Abgaben für Sozialwerke;
- ✓ als Gemeindepolitiker die Möglichkeit, in jeder Situation bedarfsgerecht handeln zu können;
- ✓ als Gewerbetreibender keine zusätzlichen Abgaben und Belastungen.